

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 251/2015  
Kiel, Donnerstag, 25. Juni 2015

Hochschulen/Hochschulfinanzen

## Christopher Vogt: Die Hochschulen brauchen endlich eine höhere Grundfinanzierung und mehr Autonomie

Zur heutigen Anhörung der Hochschulpräsidenten erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Hochschulpräsidenten haben erneut sehr deutlich gemacht, dass unsere Hochschulen auf Verschleiß fahren. Schleswig-Holsteins Hochschullandschaft läuft Gefahr, im bundesweiten und internationalen Wettbewerb immer stärker abgehängt zu werden. Die Hochschulen müssen endlich eine höhere Grundfinanzierung erhalten, ansonsten wird die Attraktivität unseres Hochschulstandortes zunehmend verloren gehen – sowohl für Studierende als auch für Wissenschaftler und Partnerunternehmen der Hochschulen. Die Hochschulen des Landes sind nicht erst seit gestern chronisch unterfinanziert, aber der zunehmende Studierendenansturm wird von Seiten der Landesregierung finanziell völlig unzureichend berücksichtigt. Von der positiven finanziellen Entwicklung des Landes haben die Hochschulen bisher nicht profitiert – ihnen wurden von der Landesregierung sogar Bundesmittel vorenthalten, die für sie gedacht waren. Es fehlt den Hochschulen schlichtweg an einer starken Lobby innerhalb der rot-grün-blauen Landesregierung. Sie brauchen für die kommenden Jahre unbedingt mehr finanzielle Planungssicherheit und schnellstmöglich ein Maßnahmenpaket in erheblichem Umfang, um den bevorstehenden doppelten Abiturjahrgang bewältigen zu können.

Zudem wurde sehr deutlich, dass sich die Hochschulen mehr Autonomie im Baubereich, im Personalwesen und im Bereich der inneren Organisation wünschen, damit sie sich besser entwickeln können. Auch diese Forderung der Hochschulen halten wir für absolut berechtigt. Die FDP-Fraktion hat mit dem Entwurf für ein Hochschulfreiheitsgesetz und mit ihren Haushaltsanträgen dokumentiert, wie die Zukunft der schleswig-holsteinischen Hochschulen aussehen kann. Die Regierungsmehrheit ist jetzt am Zug, endlich etwas für die Hochschulen zu unternehmen. Vom kommenden Koalitionsaus-

schuss Anfang Juli muss ein klares Signal der Unterstützung an die Hochschulen gesendet werden. Insbesondere die Grünen, die in der Hochschulpolitik immer den Mund spitzen, müssen endlich auch mal pfeifen.“